

Nachhaltigkeit spielerisch entdecken!

Resolution zum Weltspieltag 2024

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert gemeinsam mit seinen Partner*innen im Bündnis Recht auf Spiel eine nachhaltige und naturnahe Gestaltung der Lebenswelten von Kindern sowie die Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen umweltbezogenen Entscheidungen.

Zum Weltspieltag lenken wir ein besonderes Augenmerk auf das in der UN-Kinderrechtskonvention normierte Recht auf Spiel. Insbesondere beim Spiel im Freien wird dieses Recht sehr stark von der Umwelt beeinflusst. Die Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Klimanotstand auf das Kinderspiel sind in Deutschland umfassend und vielfältig:

Es gibt einen vermehrten Bedarf an Sonnenschutz auf Spielplätzen – insbesondere junge Kinder sind von den Hitzewellen betroffen. In den Städten leiden die schattenspendenden und luftregulierenden Bäume unter Hitze und einem Mangel an Wasserzufuhr. Die Ballung von Wohnraum in Großwohnsiedlungen und verdichteten Innenstadtquartieren geht mit einem Mangel an zur Verfügung stehenden Spiel- und Erholungsflächen sowie Möglichkeiten zur Naturerfahrung einher. Besonders zu beachten: Von den gesundheitlichen Auswirkungen durch Luft- und Lärmbelastung, Flächenversiegelung und Verkehr sind Kinder aus armen Familien in Deutschland stärker betroffen als Kinder aus gut situierten Haushalten. Auch Umweltkatastrophen führen zum Verlust von Spielräumen (zerstörte Spielplätze/Außengelände von Schulen und Kitas) und ganzen Lebensgrundlagen – für Menschen, Tiere und Pflanzen.

„Zukunft? Jugend fragen!“ zeigt, dass junge Menschen sich durch den Klimawandel emotional stark belastet fühlen. 80 Prozent sind in diesem Zusammenhang enttäuscht von der Politik, weil sie in ihren Augen die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachtet.

Eine weitere Studie der Freien Universität Berlin macht deutlich, dass nachhaltiges Handeln insbesondere mit Naturverbundenheit und nachhaltigkeitsbezogenen Emotionen (wie Sorgen, Ärger, Stolz) zusammenhängt und deutet darauf hin, dass Kinder, die Nachhaltigkeit in formalen Bildungseinrichtungen erfahren, sich tendenziell nachhaltiger verhalten.

Das Engagement für Klima- und Umweltschutz von Kindern und Jugendlichen weltweit gab dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Anstoß und Motivation, den General Comment Nr. 26 zum Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt

zu verfassen. Diese Allgemeine Bemerkung zur UN-Kinderrechtskonvention stellt ausführlich dar, wie der menschengemachte Klimawandel und die fortlaufende Ausbeutung der natürlichen Umwelt die Rechte von Kindern auf der ganzen Welt bedrohen. Der UN-Ausschuss stellt fest:

Jedes Kind hat das Recht, in einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt aufzuwachsen.

Das gilt für Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt, und muss damit auch Leitlinie für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland sein.

Es besteht Handlungsbedarf!

Es ist notwendiger denn je, sich für eine nachhaltige und naturnahe Lebenswelt für Kinder und Jugendliche einzusetzen und das Kindeswohl bei umweltbezogenen Entscheidungen in den Vordergrund zu stellen.

Gemeinsam mit unseren Partner*innen im Bündnis Recht auf Spiel fordern wir daher alle relevanten Akteur*innen und Entscheidungsträger*innen deutschlandweit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auf, mehr Nachhaltigkeit und naturnahe Spielmöglichkeiten in die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu bringen. Es gilt, die Kinderrechte einschließlich des Rechtes auf Spiel und des Rechtes auf eine gesunde Umwelt zu schützen. Notwendig sind dafür:

Auf Kommunalen Ebene

- **Stadtplanung:** Die Lebenswelten von Kindern müssen naturnah und nachhaltig gestaltet werden. Insbesondere Spielplätze, die Außengelände von Kitas und Schulen sind naturnah zu gestalten.
- **Beteiligung:** Dabei sind Kinder und Jugendliche aktiv zu beteiligen.
- **Kinderverträglichkeitsprüfung:** Bei allen kommunalen Maßnahmen müssen die Kinderrechte, eingeschlossen dem Recht auf eine gesunde Umwelt maßgeblich berücksichtigt werden.
- **Verkehr:** Es gilt, die Einrichtung von temporären Spielstraßen und Schulstraßen zu ermöglichen.
- **Umweltgerechte Verkehrsmittel** sind vorrangig auszubauen und der öffentliche Nahverkehr muss für alle Kinder bezahlbar sein.

Auf Landes- und Bundesebene

- Gesetzgebungsverfahren und politische Aktivitäten: Das Recht auf eine gesunde Umwelt muss generell Grundlage der nationalen Gesetzgebung und des politischen Handelns sein.
- BNE: Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte fest und flächendeckend in pädagogische Aus- und Weiterbildungen integriert werden und als Bestandteil von Curricula in Schulen aufmerksam weiterentwickelt werden.
- Kinderverträglichkeitsprüfungen: Es braucht Folgenabschätzungen für Kinderrechte, um zu verstehen, wie sich Entscheidungen über die Umwelt auf die Kinder auswirken.
- Verantwortungsvolles Wirtschaften: Es muss sichergestellt werden, dass das Handeln von (in Deutschland ansässigen oder agierenden) Unternehmen keine negativen Auswirkungen auf die Rechte von Kindern hat. Beispielsweise muss das EU-Lieferkettengesetz konsequente Anwendung finden.
- Beteiligung und Beschwerde: Kinder und Jugendliche müssen darin unterstützt werden, sich für ihre Rechte einzusetzen und diese vor Gericht durchzusetzen. Mit der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz sind die Rechte von Kindern und zukünftiger Generationen zu stärken.
- Verkehr: Es gilt, den Kommunen zu ermöglichen, auf ihren Straßen Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit festzulegen. Die Einrichtung von temporären Spielstraßen und Schulstraßen ist durch eine kinderfreundliche Novellierung des Straßenverkehrsrechtes zu erleichtern.

In formalen und außerschulischen Bildungseinrichtungen

- Naturerfahrungen: Allen Kindern müssen regelmäßig Naturerfahrungen ermöglicht und dies in den Schulalltag integriert werden.
- Raumgestaltung: Sowohl beim Neu- oder Ausbau als auch bei der Außengeländegestaltung braucht es den Fokus auf eine nachhaltige und naturnahe Umsetzung.

- BNE: Die Vermittlung von Lösungs- und Handlungskompetenzen durch Bildung für nachhaltige Entwicklung muss fest, flächendeckend und fachübergreifend in den Schulalltag integriert werden.

Von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen

- Beteiligung und Engagement: Die Zivilgesellschaft ist aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter an politischen Entscheidungen zu beteiligen, sich zum Wohle aller für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einzusetzen und die nachfolgende Generation in den Fokus des eigenen (gesellschafts)politischen Handelns zu rücken (z.B. bei Wahlen oder im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements).
- Vorbildfunktion: Tägliche Entscheidungen müssen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen (z.B. beim Konsumverhalten) geprüft und nachhaltiges Handeln in den eigenen Alltag integriert werden.

Berlin, 28. Mai 2024

Eine ausführliche Version samt Hintergrundinformationen findet sich im Forderungspapier zum Weltspieltag 2024.